

11. VII. 1918

Eine Unterredung mit dem Grafen Burián.

Der Wiener Korrespondent des „Az Est“ veröffentlicht heute eine Unterredung mit dem Minister des Äußern Grafen Burián. Der Minister äußerte sich über die Bedeutung der bevorstehenden Berliner Beratungen.

Die Reise des Grafen Burián wird zunächst von dem Wunsch des Ministers bestimmt, den leitenden Faktoren des verbündeten Deutschen Reiches einen offiziellen Antrittsbesuch zu machen.

„Mein Aufenthalt in Berlin“ — sagt Graf Burián — „wird voraussichtlich zwei Tage dauern. Daß wir bei dieser Gelegenheit den am 12. Mai eingeleiteten Gedankenaustausch fortsetzen werden, ist selbstverständlich.“

Die Richtlinien der in Aussicht genommenen verträglichsten Abmachungen stehen bereits fest. Es wird sich also jetzt darum handeln, zu Vereinbarungen über die einzelnen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen zu gelangen, aus denen sich das Problem der Vertiefung des Bündnisses zusammensetzt. Man dürfe natürlich nicht erwarten, daß der zweitägige Besuch des Ministers in Berlin bereits endgültige Ergebnisse zeitigen kann. Es werde sich vielmehr — wie Graf Burián betont — darum handeln, ein Programm und ein Kalendarium für die wei-

teren Beratungen aufzustellen, die allerdings möglichst rasch ihrem Ziel entgegengeführt werden sollen.

Das bestehende Bündnis dürfe eine Ausgestaltung im Sinne der allgemeinen Erwartungen erfahren. „Ich brauche nicht zu betonen,“ sagt der Minister, „daß auch das vertiefte Bündnis einen rein defensiven Charakter tragen wird. Alle Einzelheiten harren noch der Vereinbarung.“

In militärischer Beziehung wird es sich nach der Darstellung des Ministers vor allem darum handeln, die praktischen Lehren des Weltkrieges, wie sie sich schon aus dem Zusammenwirken verbündeter Truppen Tag für Tag ergeben, für unsere Heereseinrichtungen nutzbar zu machen. Unter allen Umständen wird natürlich — wie Graf Burián betont — die volle Selbstständigkeit der Verbündeten hinsichtlich ihrer Wehrmacht gewahrt bleiben.

Daß ein Waffenbund, den Oesterreich-Ungarn und Deutschland schließen könnten, eine allmähliche Abrüstung in der Zukunft erschweren würde, läßt Graf Burián nicht gelten. „Ich sehe nicht ein,“ sagt der Minister des Äußern, „inwiefern zukünftige Abrüstungsmöglichkeiten durch die Tatsache erschwert werden sollen, daß sich zwei Heere in ihren Einrichtungen ähnlicher geworden sind. Wenn sich aus diesem Kriege die Aussicht auf eine gleichmäßige, allmähliche Heeresreduktion aller Staaten ergeben sollte, so wird niemand eine solche mit größerer Genugtuung begrüßen und fördern als wir.“

Aber auch die wirtschaftlichen Vereinbarungen, die getroffen werden sollen, werden nach den Mitteilungen des Ministers ausschließlich dem Zwecke dienen, die einschlägigen Interessen der Verbündeten zu sichern und zu fördern, nicht aber, sich von der übrigen Welt abzuschließen. Auch der wirtschaftliche Bund soll der Welt kein feindseliges Gesicht zeigen, seine Zugänglichkeit und Ausnahmesfähigkeit wird durch die zu treffenden Abmachungen nicht beeinträchtigt. In dem zu begründenden System sollen die Türen offen sein.

Der Minister des Äußern weist sodann auf die Zusammenhänge hin, die zwischen dem Problem der Entwicklung des Bündnisses und der polnischen Frage bestehen. „Alle diese großen Fragen,“ sagt Graf Burián, „hängen innig und unlösbar zusammen. Die polnische Frage kann nur im innigen Einvernehmen der verbündeten Mächte gelöst werden, und die Lösung muß die gebührende Rücksicht auf die Interessen aller Beteiligten nehmen, sonst brächte sie nicht Beruhigung, sondern neue Schwierigkeiten. Es kann nicht unsere Absicht sein, uns im Nordosten einen neuen Wetterwindekel zu schaffen. Davon, daß die sogenannte austropolnische Lösung von deutscher amtlicher Seite abgelehnt oder von uns aufgegeben worden sei,“ erklärt der Minister auf eine diesfällige Frage, „ist mir nichts bekannt. Auch von der polnischen Frage wird jetzt in Berlin die Rede sein, und es werden natürlich auch die innerpolitischen Wirkungen, die jede Lösungsform nach sich ziehen kann, nicht zu übersehen sein.“

Graf Burián stellt nicht in Abrede, daß auch die schilawischen Fragen einen hohen Grad der Aktualität besitzen und daß er selbst sich mit diesen eingehend beschäftigt. Entgegen der in den letzten Tagen vielfach geäußerten Ansicht jedoch, daß die maßgebenden Faktoren sich bereits auf eine bestimmte Art der Lösung festgelegt hätten, betont Graf Burián, daß eine Entscheidung in keiner Hinsicht gefallen sei.

„Alle diese Probleme“ — sagt der Minister — „hat natürlich nicht erst der Krieg aufgeworfen. Mit diesen Fragen haben wir uns schon früher befassen müssen, aber die vier Jahre Krieg haben gleichsam eine Art Treibhausatmosphäre geschaffen, in der sie alle ein beschleunigtes Wachstum erlangt haben, so daß auch wir ihnen eine beschleunigte Behandlung angedeihen lassen müssen.“

Das Gespräch wendet sich nunmehr dem Thema des allgemeinen Friedens zu. Auf die Frage des Korrespondenten, ob Graf Burián, der bekanntlich der Urheber des ersten Friedensvorschlages an die kämpfende und leidende Menschheit im Dezember 1916 war, auch heute noch auf seinem damaligen Standpunkte des Verständigungsfriedens stehe, erwiderte der Minister: „Gewiß stehe ich auch heute auf dem gleichen Standpunkt. Unsere Friedensbereitschaft hat sich in nichts geändert. Die Monarchie sucht keine Annexionen, sie hat bisher vier Friedensverträge unterzeichnet, und kein einziger dieser vier Friedensschlüsse brachte uns das, was als Eroberung gedeutet werden könnte. Natürlich mußten wir bei dem Friedensschluß mit Rumänien, das uns überfallen hatte, darauf bedacht sein, unsere bis dahin ungeschützte Grenze zu sichern. Es ist, wie wenn jemand, der glaubte, sein Haus mit einer Türflinte gegen die Außenwelt geschützt zu haben, nun, eines Schlechteren belehrt, ein Dofisches Schloß an seiner Türe anbringt. Mit der „Unterjochung fremder Völker“ hat die Angliederung dieses nahezu unbewohnten Waldstreifens der Karpathenpässe nichts zu tun. Im übrigen haben auch die Rumänen wohl selbst den Eindruck gehabt, nicht zu hart behandelt worden zu sein.“

Allerdings ist der Minister der Ansicht, daß irgend ein neues Friedensangebot des Vierbundes an seine Gegner nicht in Frage kommen kann, so lange die leitenden Staatsmänner in den feindlichen Ländern noch Auffassungen huldigen, wie sie Lloyd George erst vorgestern wieder bei einem Festmahl in London vertreten hat. „Solange die feindlichen Staatsmänner so sprechen, bleibt uns nichts anderes übrig, als uns entschlossen zu wehren. Aber an unserer inneren Friedensbereitschaft, an unserem ehrlichen Willen, zu einer Verständigung zu gelangen, wird dadurch nichts geändert.“